**Pressemitteilung**

**Forum Veranstaltungswirtschaft lädt zum dritten Parlamentarischen Abend in Berlin: Allianz der sieben Verbände überreicht Forderungskatalog an die Politik**

Berlin, 18. Oktober 2024 – Beim dritten Mal spricht man schon von Tradition: Erneut hat das Forum Veranstaltungswirtschaft die Berliner Parlamentarier:innen des Deutschen Bundestags zum intensiven Austausch gebeten. Gekommen waren als Gäste rund 20 Politiker:innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU/CSU sowie Die Linke, um über die Herausforderungen der Branche zu diskutieren.

Das Ziel des Abends war auch in diesem Jahr, sich im persönlichen Gespräch vor Ort umfassend auszutauschen. Geladen waren dafür in der Hauptstadt zahlreiche Vertreter:innen der Veranstaltungswirtschaft sowie Entscheider:innen aus Politik und Verwaltung. Für den Parlamentarischen Abend trafen sie sich am Mittwochabend in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG).

**Grußworte von Stefan Zierke**

Zu Beginn begrüßte Stefan Zierke alle Gäste: Er ist tourismuspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Obmann im Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages und Präsident der DPG. Eben in dieser Funktion als Präsident, der selbst regelmäßig Events mit all ihren Vorschriften organisieren und verantworten muss, zollte Zierke der Veranstaltungsbranche seinen Respekt für ihre Leistungen. Mit 20 Jahren Berufserfahrung in der Tourismusbranche betonte er außerdem ihre wirtschaftliche Wechselwirkung mit der Eventbranche.

Als Schirmherr fungierte diesmal Björn Sänger, ehemaliger FDP-Bundestagsabgeordneter sowie Mitglied der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft und vor Ort gleichzeitig als Geschäftsführer und Verbandsvertreter des VDVO.

Die Vertreter:innen der unterschiedlichen Verbände diskutierten und informierten danach in einem Panel über die aktuelle Lage ihrer Branche. Überdies hatten die Vertreter:innen der sieben maßgeblichen Verbände des Wirtschaftszweigs ihre speziellen und aktuell dringenden Interessen in einem Forderungskatalog zusammengefasst und überreicht. Sie weisen darin auf Probleme der Eventbranche hin und benennen gleichzeitig mögliche Lösungen.

**Ansprechpartner in der Bundesregierung**

Die Veranstaltungswirtschaft benötigt bessere Infrastrukturen und attraktivere Rahmenbedingungen für Events sowie Maßnahmen, um Beschäftigte zielführender zu qualifizieren und weiterzubilden. Sie braucht einen direkten Ansprechpartner im Bundeswirtschaftsministerium, der sich regelmäßig um die Belange des sechstgrößten Wirtschaftszweigs in Deutschland kümmert. An weiteren Forderungen wurde vorgetragen:

**Gleichbleibende Künstlersozialabgabenhöhe**

„Die Künstlersozialkasse sichert Künstlerinnen und Künstler in den Sozialsystemen ab”, sagt Johannes Everke, Geschäftsführer des BDKV. „Vergleichsweise viel zahlen Konzertveranstalter in die KSK ein. Allerdings stehen sie zurzeit, wie viele andere Beteiligte der Konzertwirtschaft, unter erheblichem Preisdruck. Wir brauchen eine Künstlersozialabgabe, die bis 2030 konstant bei fünf Prozent bleibt. Gerade kleinere Veranstaltungsformate profitieren davon, wenn diese Kosten nicht steigen.”

**Anpassung des Arbeitszeitgesetzes**

„Die Veranstaltungswirtschaft gehört zu den Branchen, in denen unregelmäßige Arbeitszeiten betriebsnotwendig anfallen”, so René Tumler, Geschäftsführer des EVVC. „Daher fordern die Verbände des Forum Veranstaltungswirtschaft ein Arbeitszeitgesetz, das diesen Bedingungen gerecht wird und empfehlen das europarechtskonforme Modell aus Österreich: Dort gibt es bei bis zu 60 Wochenstunden und 12-Stunden-Tagen einen Zeitausgleich über Arbeitszeitkonten.”

**Förderung inländischer Messeaussteller**

„Die ausstellende deutsche Wirtschaft erhält im Inland keine systematische Messeförderung, wie sie Staaten, zum Beispiel Türkei, Italien oder China, ihren Unternehmen gewähren”, sagt Robert Ninnemann, Vorstandsmitglied im FAMA. „Der Messestandort Deutschland hat dadurch einen Wettbewerbsnachteil. Wir brauchen hierzulande eine systematische Förderung von Messeausstellern.”

**Rechtssicherheit bei der Beauftragung von Selbständigen**

„Die aktuelle Statusfeststellung bedeutet für alle Wirtschaftszweige eine große Rechtsunsicherheit”, so Marcus Pohl, 1. Vorsitzender isdv. „Gerade in agilen Strukturen, wie die der Veranstaltungswirtschaft, wirkt sie sich destruktiv aus. Es muss klare und sichere Regeln für die Beauftragung von Selbständigen geben, die moderne Arbeitsmittel und Risiken mit beachten. Wir fordern, dass das Statusfeststellungsverfahren nach §7a SGB IV für die Beteiligten praktikabel und rechtssicher aufgestellt wird. Es braucht im SGB eine genaue Definition der Selbständigkeit. Und die Altersvorsorgepflicht für Selbständige muss endlich, gemäß Koalitionsvertrag, umgesetzt werden.”

**Gerechtes Gewerbemietrecht und Stadtentwicklung**

„Viele Akteure der Kultur haben Gewerbemietverträge”, sagt Christian Ordon, Geschäftsführer Live Musik Kommission. „Weil diese eher ‚mieterunfreundlich‘ sind, werden besonders kleine Unternehmen der Veranstaltungswirtschaft aus den Innenstädten verdrängt. Das bislang ungeregelte Gewerbemietrecht muss angepasst werden, zum Beispiel in Hinsicht auf Kündigungsschutz oder Mietobergrenzen. Außerdem brauchen wir eine Ministeriumsübergreifende Arbeitsgruppe Kulturräume, die sich der kulturellen Entwicklung von Städten widmet.”

**Einheitliche Margenbesteuerung**

„Aufgrund eines EuGH-Urteils gilt die Margenbesteuerung nicht nur beim Pauschaltourismus, sondern auch im Bereich B2B-MICE”, sagt Björn Sänger, Geschäftsführer VDVO. „Allerdings sorgen gut gemeinte Ausnahmeregelungen inzwischen für zu viel Bürokratie und Rechtsunsicherheit. Wir brauchen klare, praktikable und pauschale Regelungen. Nur so können Unternehmen die Margenbesteuerung unbürokratisch und korrekt umsetzen.”

**Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse**

„Es ist in Deutschland zu kompliziert, seinen ausländischen Berufsabschluss anerkennen zu lassen”, sagt Linda Residovic, Geschäftsführerin des VPLT. „Gerade die Veranstaltungswirtschaft kann durch ihre Strukturen viel zur Integration von Geflüchteten und Migranten beitragen. Wir brauchen für ausländische Fachkräfte einen leichteren Zugang und reduzierte bürokratische Prüfzeiträume. Helfen können digitale Verfahren, weniger strenge Anforderungen an Ausbildungsbetriebe und generell niedrigere Hürden.”

**Hier geht's zum Forderungskatalog des Forum Veranstaltungswirtschaft:** <https://forumveranstaltungswirtschaft.org/forderungskatalog/>

**Bildunterschrift**

Dritter Parlamentarischer Abend des Forum Veranstaltungswirtschaft in Berlin: (v.l.) Stephan Lemke, Vizepräsident EVVC, Henning Könicke, geschäftsführender Vorstandsvorsitzender des FAMA e.V., Johannes Everke, Geschäftsführer BDKV, Helge Leinemann, Vorsitzender VPLT, Stefan Zierke, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), Marcus Pohl, 1. Vorsitzender isdv, Björn Sänger, Geschäftsführer VDVO, Linda Residovic, Geschäftsführerin VPLT, Christian Ordon, Geschäftsführer Live Musik Kommission, und René Tumler, Geschäftsführer EVVC.

**Bildnachweis:** Forum Veranstaltungswirtschaft | Paul Hahn

*Das* ***Forum Veranstaltungswirtschaft*** *ist die Allianz sieben maßgeblicher Verbände des Wirtschaftsbereichs. Dazu zählen: der* [***BDKV***](https://bdkv.de/)*(Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft e.V.), der* [***EVVC***](https://www.evvc.org/)*(Europäischer Verband der Veranstaltungs-Centren e.V.), der* [***FAMA***](https://www.fama.de/) *(Fachverband Messen und Ausstellungen e.V.), die* [***ISDV***](https://www.isdv.net/)*(Interessengemeinschaft der selbständigen Dienstleisterinnen und Dienstleister in der Veranstaltungswirtschaft e.V.), der* [***LIVEKOMM***](https://www.livekomm.org/)*(Verband der Musikspielstätten in Deutschland e.V.), der*[***VDVO***](https://vdvo.de/)*(Verband der Veranstaltungsorganisatoren e.V.) und der* [***VPLT***](https://www.vplt.org/)*(Der Verband für Medien- und Veranstaltungstechnik e.V.). Ziel der Allianz ist es, Netzwerke, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln, um damit und durch einen gemeinsamen Auftritt bei der politischen Lobbyarbeit noch schlagkräftiger zu sein. Der Zusammenschluss der wesentlichen Sektoren der Veranstaltungswirtschaft versteht sich ausdrücklich nicht als Dachverband. Jeder Partner vertritt die spezifischen Interessen seiner Mitglieder auch weiterhin unmittelbar. Die Schnittmengen der politischen Erwartungen der diversen Sektoren, wie der Kultur-, Kongress- und Tagungsveranstalter:innen, Veranstaltungsstätten, Veranstaltungsplaner:innen,**Veranstaltungsdienstleister:innen und Schaustellerbetriebe sowie Hersteller:innen und Händler:innen von Event-Technik, sind jedoch groß und alle Teilbranchen sind eng miteinander verzahnt. Daher wird durch den Schulterschluss der Verbände die Wahrnehmung des Wirtschaftszweigs durch Politik und Öffentlichkeit erheblich erhöht.* [***forumveranstaltungswirtschaft.org/***](https://forumveranstaltungswirtschaft.org/)

